



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 22. Ratssitzung vom 16. November 2022

925. 2022/419 Weisung vom 07.09.2022: Finanzverwaltung, Nachtragskredite II. Serie 2022

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

1. Im Budget 2022 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Nachtragskredite und Kreditübertragungen der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen bewilligt:

Erfolgsrechnung		Betrag
Ordentliche Nachtragskredite		12 013 300
Ordentliche Kreditübertragungen	+1 259 600 -1 259 600	0
Total		12 013 300

Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen		Betrag
Ordentliche Nachtragskredite		6 376 000
Ordentliche Kreditübertragungen	+1 110 000 -1 110 000	0
Total		6 376 000

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Im Budget 2022 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende dringlichen Nachtragskredite nachträglich genehmigt:

Erfolgsrechnung Verwaltungsvermögen		Betrag
Dringliche Nachtragskredite		589 200
Total		589 200

Investitionsrechnung Finanzvermögen		Betrag
Dringliche Nachtragskredite		28 420 000
Total		28 420 000



2 / 7

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt der Präsident Florian Utz (SP) die Weisung zu den Nachtragskrediten II. Serie 2022 vor und vertritt die Kommissionsmeinung zur bereinigten Dispositivziffern 1 und zur Dispositivziffer 2.

Florian Utz (SP): *Es liegt ein einstimmiger Antrag vor – mit der FDP und der SVP in der Enthaltung –, den Zusatzkredit insgesamt zu genehmigen. Zum Nachtragskredit für zusätzliche Polizeistellen wird eine detailliertere Debatte geführt, zu den anderen Nachtragskrediten gab es keine Ablehnungsanträge. Bei der Erfolgsrechnung beantragt der Stadtrat Nachtragskredite in der Höhe von 12,6 Millionen Franken; bei der Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen sind es knapp 6,4 Millionen Franken und bei der Investitionsrechnung im Finanzvermögen sind es 28,4 Millionen Franken. Ein Novum ist, dass wir bei der Schlussabstimmung zwei Dispositivziffern haben. Die erste enthält die Anträge, die dem Quorum der Ausgabenbremse unterstehen; die zweite Dispositivziffer umfasst die restlichen Antragskredite, die nicht der Ausgabenbremse unterstehen. Das ist ein Erkenntnisgewinn aus der Debatte zum Uetlihof, da nicht alle Nachtragskredite der Ausgabenbremse unterstehen.*

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Nachtragskredite II. Serie 2022 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zur Dispositivziffer 1) zu genehmigen:

2.1 Ordentliche Nachtragskredite

Antrag 001.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Florian Utz (SP): *Beim einzigen umstrittenen Antrag geht es um Polizeistellen. Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK), die momentan aus der SP und der GLP besteht, beantragt die Genehmigung von neun der zehn Polizeistellen. Im Zusammenhang mit dem Bericht des Stadtrats führten wir vor Kurzem eine Debatte zur Erhöhung der Polizeistellen. Wir mussten uns damals noch nicht auf eine Lösung festlegen. Die SP und GLP vertraten die Position, dass es gegenüber der Stadtpolizei nicht fair wäre, sie im Ungewissen zu lassen. Stellenerhöhungen sind auf eine gewisse Planungssicherheit angewiesen; die Stadtpolizei muss wissen, mit wie vielen der beantragten Stellen sie rechnen und planen kann. Darum reichten wir ein Postulat mit der Forderung ein, dass bis zum Jahr 2026 dreiundvierzig neue Polizeistellen geschaffen werden. Das entspricht der Hälfte des Wunsches der Stadtpolizei. 43 Stellen sind bei Weitem nicht nichts: Es sind 86 000 Arbeitsstunden pro Jahr. Durch Mutterschaft und Krankheit fallen*



einige Stunden weg, schliesslich sind es vielleicht 80 000 zusätzliche Stunden. Mit diesem Antrag zu den Zusatzkrediten wollen wir die erste Tranche dieser 43 Stellen bewilligen. In diesem Jahr beantragt der Stadtrat 10 neue Stellen, in den Folgejahren jeweils 19. Im Zusammenhang mit den Antworten zu den RPK-Fragen kam der Wunsch der Stadtpolizei auf, dass die Stellen linear erhöht werden, dass also nicht jetzt fünf und in den Folgejahren jeweils 9,5 Stellen dazu kommen. Diesem Wunsch kommen wir entgegen. Es zeichnet sich ab, dass der Antrag im ersten Durchgang keine Mehrheit finden wird. Ich hoffe, dass wir uns in der nächsten Runde auf diesen Schritt einigen können.

Markus Haselbach (Die Mitte): *Mit dem Postulat GR Nr. 2022/424 wurde 43 zusätzlichen Polizeistellen zugestimmt. Vorgesehen waren zehn Stellen in diesem Jahr, neun im Jahr 2023 und in den drei Folgejahren jeweils acht. Weil die zehn Stellen nicht Teil des Budgets 2022 waren, beantragt der Stadtrat diese nun. Obwohl einige Stellen nicht besetzt sind, braucht es diese Stellen jetzt. Von der Rekrutierung einer Person über die Ausbildung und bis sie Teil des Korps wird, dauert es mindestens 2,5 Jahre. Dafür braucht es Planungssicherheit. Stellen müssen also vorgängig budgetiert werden. Was der Gemeinderat mit dem Postulat bewilligte, muss jetzt auch im Budget festgehalten werden. Zusätzliche Kosten fallen nicht an. Darum lehnen die Fraktionen FDP, SVP und Die Mitte/EVP beide Kürzungsanträge ab. Wir unterstützen den Vorschlag des Stadtrats.*

Walter Angst (AL): *Ich staune immer wieder über die Sprunghaftigkeit des Rats, wenn über die Polizei diskutiert wird. Die aktuelle Situation ist, dass die Stadtpolizei 60 Stellen nicht besetzt hat. Vor etwa einem Monat diskutierten wir den Bericht. Die aus der SP, GLP und anderen bestehende Mehrheit sagte, dass bis zum Jahr 2026 ein reduzierter Stellenpool geschaffen werden soll. Danach soll er wieder evaluiert werden. Unmittelbar nach dieser Diskussion forderte der Kommandant der Stadtpolizei, dass die Stellen – die eigentlich schon lange besetzt werden sollten, was aber nicht gelingt – jetzt nachträglich für das Jahr 2022 besetzt werden. Die vernünftige Rechnungsführerin der Stadtpolizei sagte logischerweise, dass diese Stellen selbstverständlich nicht im Jahr 2022 besetzt werden, sondern frühestens Mitte 2023. Es ist eine Zwängerei. Stellen Sie sich vor, ein anderer Dienstchef der Stadt hätte einen solchen Antrag präsentiert. Er hätte auf dem Boden der Tatsachen bleiben müssen und ihn erst dann präsentieren können, wenn es Zeit dafür ist. Aber wenn es sich um den Kommandanten und nicht um einen Dienstchef handelt, bewilligen wir einen solchen Antrag. In der Debatte lernten wir auch, dass die Stellen vorsorglich geschaffen werden sollen, die erst in zwei Jahren mit den Aspirantinnen und Aspiranten besetzt werden sollen. Der Umgang mit der Polizei ist ein Lehrstück. Ich wäre froh, wenn die Polizei zu einer einfachen Dienstabteilung würde und das täte, was sie in einer linksgrünen, offenen Stadt tun sollte: vernünftige polizeiliche Arbeit.*

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Das Begleitpostulat fordert, dass bis zum Jahr 2026 dreiundvierzig Stellen geschaffen werden. Das sind im Durchschnitt 8,5 Stellen pro Jahr. Aus der Beratung in der Sachkommission Sicherheitsdepartement, Verkehr (SK SID/V) wussten wir, dass dieser Antrag mit den Nachtragskrediten II. Serie 2022 kommen wird. Wir kannten die Höhe nicht, aber wir wussten, dass wir diese 43 Stellen in den Budgets 2022*



bis 2026 diskutieren werden. Daher bin ich überrascht, wie überrascht Walter Angst (AL) ist. Wir diskutieren darüber, ob Aspirantinnen ausgebildet werden sollen, ohne dass freie Stellen bestehen. Das wäre ein neues System. In anderen Bereichen werden Stellen mit befristetem Personal besetzt, weil der Stadtrat über die Kompetenz verfügt, befristete Stellen zu schaffen. Ob dies das bessere System ist, könnte endlos diskutiert werden. Es wurde gemunkelt, ob wir unser Wort halten. Dieser Antrag zeigt es: Wir schaffen die 43 Stellen bis zum Jahr 2026. Wir hätten bevorzugt, wenn es jedes Jahr 8,5 Stellen wären. Vielleicht schafft es die Polizei in dieser Legislatur, das letztjährige GLP-Postulat umzusetzen, in dem wir die Möglichkeit von Teilzeitarbeit bei der Stadtpolizei forderten.

Felix Moser (Grüne): *Die Grünen sind bei diesem Antrag in der Enthaltung. Wir wissen aber genau, was wir stimmen wollen, nur stimmen nicht alle gleich. Die einen sind der Meinung, dass es nicht nötig ist, die Polizeistellen neu zu schaffen. Vielmehr sollten die Einsätze der Polizistinnen und Polizisten überdenkt und – wo sinnvoll – weniger Polizistinnen und Polizisten aufgeboten werden. Das wird weniger Arbeitsstunden generieren und die Überstunden können abgebaut werden. Die anderen sind der Meinung, dass es richtig ist, dass die bestehenden Überstunden abgebaut werden können und dass darum eine leichte Aufstockung der Stellen im Sinn des Postulats der GLP und SP richtig ist.*

Andreas Egli (FDP): *Finden wir das Postulat der SP, GLP und damals noch der SVP zur halben Lösung bei der Besetzung der Polizeistellen gut? Nein, wir finden es nicht gut. Heute Abend stimmen wir mit dem Stadtrat. Spielt es eine Rolle, ob es zehn oder neun Stellen sind? Es spielt eine Rolle, aber neun Stellen sind besser als null Stellen. Darum werden wir in die Mehrheit mit den neun Stellen wechseln, wenn es notwendig ist. Ich hatte im Rat öfters den Eindruck, dass Walter Angst (AL) kompetent ist, wenn es um Budgets, Finanzen und Nachträge geht. Er bewies heute, dass ich mit irrite.*

Stephan Iten (SVP): *Es geht um die Stellen, die der Stadtrat für das Budget 2022 forderte. Er wurde aufgehalten, indem er erst einen Bericht vorlegen musste. Darum liegt ein Nachtragskredit mit den Stellen vor, die er bereits für dieses Jahr forderte. Über die Haltung der AL wundere ich mich nicht, sie waren schon immer gegen die Polizei und für Anarchie in der Stadt. Ich muss aber die ins Gebet nehmen, die mit einem «Kompromiss» für die Stellen ab dem Jahr 2023 auf uns zukamen und uns vor vollendete Tatsachen stellten. Die schon lange vom Stadtrat geforderten zehn Stellen sind meiner Meinung nach nicht Bestandteil davon. Darum finde ich es enttäuschend, dass diese Stellen jetzt gestrichen werden. Denn die Bedingung für den «Kompromiss» war, dass die Polizeistellen bis zum Jahr 2026 nicht mehr während den Budgetdebatten diskutiert werden. Das war der Grund, warum wir mitmachten. Dass jetzt bereits beim Nachtragskredit über Stellen diskutiert wird, geht nicht an. Ich bin davon überzeugt, dass wir bei der nächsten Budgetdebatte wieder über Polizeistellen diskutieren werden; obwohl klar gesagt wurde, dass wir dies nicht mehr tun und dass die Stellen wie vom Stadtrat gefordert gesprochen werden. Darum bin ich sehr enttäuscht. Wir stimmen natürlich mit dem Stadtrat. Die Polizei schreit schon lange nach mehr Stellen, nicht erst mit dem Nachtragskredit. Sie ist überlastet und wir schliessen Wachen, weil wir zu wenige Polizistinnen und Polizisten haben. Es darf nicht sein, dass jetzt wieder Personal reduziert werden soll.*



5 / 7

S. 3	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
	3050 00 000	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten				
	3052 00 000	AG-Beiträge an Pensionskassen				
	3053 00 000	AG-Beiträge an Unfall- und Personal-Haftpflichtversicherungen				
	3054 00 000	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
001.	Antrag Stadtrat				87 500	Minderheit 1
					5 200	
					9 100	
					100	
					<u>1 000</u>	
					102 900	
			10 300		92 600	Mehrheit
						Präsident Florian Utz (SP), Referent; Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			102 900		0	Minderheit 2
						Walter Angst (AL), Referent
						Enthaltung
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Mehrheit: Schaffung von 43 Polizeistellen bis 2026 (2022: 9 Stellen; 2023: 8 Stellen; 2024: 9 Stellen; 2025: 8 Stellen; 2026: 9 Stellen) gemäss Postulat GR Nr. 2022/424			
			Minderheit 2: Es hat genügend Reserven (Budget/Stellenplan) für Stellenbesetzungen.			

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit und des Stadtrats/Minderheit 1:

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(102 900)	41 Stimmen
Antrag Mehrheit	(92 600)	56 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	<u>19 Stimmen</u>
Total		116 Stimmen
= absolutes Mehr		59 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit und des Stadtrats/Minderheit 1:



Dem Antrag der Mehrheit wird mit 85 gegen 21 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) zugestimmt, womit das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Präsident Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Enthaltung: Përparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Präsident Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Enthaltung: Përparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 101 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

1. Im Budget 2022 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Nachtragskredite und Kreditübertragungen der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen bewilligt:

Erfolgsrechnung		Betrag
Ordentliche Nachtragskredite		12 003 000
Ordentliche Kreditübertragungen	+1 259 600	0
	-1 259 600	
Total		12 003 000



Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen		Betrag
Ordentliche Nachtragskredite		6 376 000
Ordentliche Kreditübertragungen	+1 110 000 -1 110 000	0
Total		6 376 000

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Im Budget 2022 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende dringlichen Nachtragskredite nachträglich genehmigt:

Erfolgsrechnung Verwaltungsvermögen		Betrag
Dringliche Nachtragskredite		589 200
Total		589 200

Investitionsrechnung Finanzvermögen		Betrag
Dringliche Nachtragskredite		28 420 000
Total		28 420 000

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 23. November 2022 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat